BürgermeisterInformationen

BM-Info 06/2023

Leipzig, November 2023

Gesetzgebung und Verwaltung

Kritik am Sächsischen Kinderbetreuungsgesetz Seite 1

Rechtsprechung

Unzulässiges Volksbegehren über Impfzwang Seite 2

Kompetenzstreit zwischen Oberbürgermeister und Stadtrat Seite 2

Statusverlust öffentlicher Straßen § 54 Abs. 3, 4 SächsStrG Seite 3

Seminarangebote

Rechtsaufsicht, Fachaufsicht, Dienstaufsicht Seite 4

Rechtssichere Gestaltung von städtebaulichen Verträgen Seite 4

Gesetzgebung und Verwaltung

Kritik am Sächsischen Kinderbetreuungsgesetz

Die in Sachsen beschlossene Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes ab 01. August 2023 enthält einige Kritikpunkte. Viele Städte und Gemeinden sowie betroffene Eltern sind enttäuscht. Entgegen der Koalitionsvereinbarung enthält das Gesetz keine Dynamisierungsklausel für fortlaufende Betriebskostenerhöhungen. Dies führt dazu, dass die Kommunen und Eltern die weiteren Kostensteigerungen alleine tragen müssen, denn die Finanzierung erfolgt in Sachsen im Wesentlichen durch die Gemeinden, die Elternbeiträge und einen Landeszuschuss, der im Kita-Gesetz festgeschrieben ist. Zwar enthält die Gesetzesänderung eine einmalige Erhöhung des Zuschusses um

200 EUR, jedoch deckt diese nicht annähernd die seit der letzten Anpassung im Jahr 2019 gestiegenen Betriebskosten. Die Anpassungen der Landespauschale bleiben regelmäßig hinter den anteiligen Kostensteigerungen zurück.

Des Weiteren ist der Landeszuschuss zum Ausgleich der Mehrbelastung durch zusätzliches Personal zu kurz bemessen. Faktoren wie bspw. die aktuelle Inflation finden keine Berücksichtigung.

Ferner werden Landeszuschüsse nur für eine maximale Betreuung von neun Stunden täglich berücksichtigt. Folglich bleiben Eltern mit Vollzeitbeschäftigung bei der Finanzierung der Betreuung, die über neun Stunden hinausgeht, weiterhin allein.

Rechtsprechung

Kommunalrecht:

Volksbegehren der AfD gegen Impfwang unzulässig ThürVGH, Urteil vom 27.09.2023, Az.: VerfGH 29/22

Im Zuge der Corona-Pandemie und der einhergehenden Debatte zu einer bundesweiten Impfpflicht wollte die AfD in Thüringen erreichen, dass keiner zur Impfung gezwungen wird. Sie brachte ein Volksbegehren in Umlauf, mit dem Ziel die Landesverfassung so zu ändern, dass niemand direkt oder indirekt zur Impfung gezwungen werden darf. Die Landesregierung wandte sich gegen den zur Abstimmung in Umlauf gebrachten Gesetzesentwurf. Zur Begründung führte sie auf, dass in Sachen Impfung der Bund zuständig sei und nicht die Länder.

Das Volksbegehren war unzulässig. Nach Ansicht des Thüringer Verfassungsgerichtshofs enthält das Volksbegehren einen irreführenden Charakter. Unter anderem missachtete die AfD die Gesetzgebungskompetenzen. In Sachen Impfung steht das Bundesrecht über dem Landesrecht. Aus dem Volksbegehren wird dies nicht hinreichend deutlich. Stattdessen erweckte das Begehren bei den abstimmenden Bürgern in Thüringen den Eindruck, sie könnten die Durchsetzung einer bundesrechtlichen Impfpflicht verhindern.

Straßen- und Wegerecht:

Zum Statusverlust öffentlicher Straßen gem. § 54 SächsStrG OVG Bautzen, Beschluss vom 08.02.2023, Az.: 1 B 5/23

Eine Gemeinde (G) ordnete gegenüber einem Eigentümer (E) gem. § 20 Abs. 1 SächsStrG die Wiederherstellung eines Wegstücks auf seinem Grundstück an und verpflichtete ihn zur Duldung des öffentlichen Verkehrs. Bei dem Wegstück handelte es sich nach Ansicht der Gemeinde um eine zumindest betrieblich-öffentliche Straße, die im Bestandsverzeichnis eingetragen war. E hatte Teile des Asphalts entfernt und am Eingang der Straße eine querstehende Förderschnecke so platziert, dass eine Befahrung der Straße unmöglich war. Er wandte ein, dass der Weg keine öffentliche Straße sei. Auch fehle es an einer vollständigen Eintragung im Verzeichnis. Der Weg wurde schon seit längerer Zeit nicht mehr durch landwirtschaftliche Fahrzeuge genutzt, sodass keine betrieblich-öffentliche Straße vorliegt. Lediglich Fußgänger nutzen den Weg als Spazierweg. Nach erfolglosem Widerspruch erhob E Klage. Vor dem Verwaltungsgericht blieb die Klage erfolglos.

Der einstweilige Rechtsschutzantrag des E hatte keinen Erfolg. Das Gericht ließ zunächst offen, ob es sich bei dem Wegstück um eine öffentliche Straße handelt. Gem. § 54 Abs. 3 S. 1 erfolgt der Statusverlust von Straßen, Wegen und Plätzen ohne weiteren Umsetzungsakt mit Ablauf des Stichtages am 31.12.2022, sofern gar keine Eintragung im Bestandsverzeichnis erfolgt ist (sog. negative Publizität). Vorliegend ist jedoch, wenn auch nicht ganz vollständig, eine Eintragung erfolgt. Allerdings sollen Defizite bei der Eintragung nicht zum Statusverlust führen. Aus § 54 Abs. 4 S. 1 SächsStrG ergibt sich eine gesetzliche Vermutung für das Vorliegen einer öffentlichen Straße bei Eintragung. Sofern die Voraussetzungen der Eintragung nicht erfüllt sind, soll gem. § 54 Abs. 4 S. 3 SächsStrG ein ergänzendes Verfahren zur Heilung der formellen oder materiellen Fehler im Bestandsverzeichnis möglich sein. Folglich soll gerade kein Statusverlust bewirkt werden.

Kommunalrecht:

**Streit über die Organzuständigkeit für Reisen zur Sitzungsvorbereitung
OVG Bautzen, Beschluss vom 26.06.2023, Az.: 4 B 97/23**

Ein Oberbürgermeister (OB) plante zur Vorbereitung der Entscheidung über die Bewerbung zur Bundesgartenschau eine Reise für den gesamten Stadtrat. Hiermit wollte der OB gleichzeitig die Kommunikation zwischen ihm und dem Rat sowie zwischen den einzelnen Ratsmitgliedern stärken. Eine Fraktion (F) reichte für eine Stadtratssitzung einen Beschlussvorschlag zur Beschränkung der Delegation auf zehn Ratsmitglieder ein. Die frei werdenden Mittel sollten laut Vorschlag für die Sportförderung eingesetzt werden. Der OB lehnte die Aufnahme des Vorschlags auf die Tagesordnung ab. Er begründete die Entscheidung damit, dass ihm laut Haushaltsplan ein eigenes Budget zugeteilt wird und die Mittel für die Reise daraus stammen. Diese Mittel könne der Stadtrat nicht einfach umwidmen. Der Eilantrag der F vor dem Verwaltungsgericht blieb zunächst erfolglos.

Die Beschwerde beim OVG hatte Erfolg. Als Vorsitzender des Stadtrates steht dem OB ein formelles sowie ein materielles Vorprüfungsrecht zu, jedoch aufgrund § 36 Abs. 5 Hs. 2 SächsGemO nur hinsichtlich der Zuständigkeit des Stadtrates über den Verhandlungsgegenstand. Soweit die Reise als besondere Form der Sitzungsvorbereitung dient, fällt die Zuständigkeit in den Kompetenzbereich des OB gem. § 52 Abs. 1 SächsGemO. Jedoch dient die Reise vorliegend auch zur Verbesserung des Arbeitsklimas, sodass gleichzeitig innere Angelegenheiten des Stadtrates gem. § 38 Abs. 2 SächsGemO betroffen sind. Der OB hätte den Vorschlag folglich auf die Tagesordnung setzen müssen. Des Weiteren ergibt sich aus der Natur der Sache, dass sich das jeweilige Organ mit seinen Aktivitäten selbst befassen darf. Die Ablehnung läuft daher auch dem Grundsatz des organfreundlichen Verhaltens zuwider.

Seminarangebote

Die Kanzlei veranstaltet Fachseminare zu Schwerpunktbereichen unserer juristischen Beratungstätigkeit. Außerdem besteht die Möglichkeit, auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene *Inhouse*Schulungen als Präsenzveranstaltung in Ihren Räumlichkeiten oder als Online-Schulung zu buchen. Kontaktieren Sie uns unter info@kanzlei-schenderlein.de.

Online-Schulung

Rechtsaufsicht, Fachaufsicht, Dienstaufsicht vs. Kommunale Selbstverwaltung

Mittwoch, den 29.05.2024, 09:30 bis 12:00 Uhr,

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht Michael Franke

Aufgrund der dualistischen Struktur unterstehen die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben einem differenzierten Aufsichtsregime. Dabei führt die Unterteilung in Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht häufig zu komplexen Fragen zum Umfang und zur Reichweite der Eingriffsbefugnisse übergeordneter Behörden. Auch sehen sich Bürgermeister und Gemeinden durch aufsichtsrechtliche Maßnahmen nicht selten gegängelt, übertrieben bevormundet oder gar in der kommunalen Selbstverwaltung verletzt. Das Seminar gibt anhand typischer Praxisbeispiele einen Überblick über die Struktur des kommunalen Aufsichtsrechts und zeigt regelmäßige Probleme sowie Lö-

sungsstrategien im Umgang mit den Aufsichtsbehörden auf. Behandelt werden insbesondere folgende Themen:

- Inhalt und Gegenstand der Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht
- Grenzen und Reichweite der Befugnisse von Aufsichtsbehörden
- Richtiger Umgang mit Dienstaufsichtsbeschwerden
- Rechtsschutz gegen aufsichtsrechtliche Maßnahmen

Das Seminar richtet sich in erster Linie an Kommunen und Zweckverbände. Weitere Informationen erhalten sie unter: www.kanzlei-schenderlein.de

Online-Schulung

Rechtssichere Gestaltung von städtebaulichen Verträgen

Mittwoch, den 27.11.2024, 09:00 bis 12:00 Uhr,

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht Michael Franke

Aufgrund zunehmender Finanzknappheit der öffentlichen Kassen gewinnen städtebauliche Verträge als Handlungsinstrument von Kommunen und Zweckverbänden zusehends an Bedeutung. Sie eröffnen die Möglichkeit, etwa Fragen der Erschließung, der Bodenordnung sowie der Finanzierung und Abrechnung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen „auf Augenhöhe“ konsensual und damit konfliktarm zu regeln. Ergeben sich allerdings Probleme bei der Umsetzung oder erbringt ein Vorhabenträger seine Leistungen nicht ordnungsgemäß, ist guter Rat oft teuer. Das Seminar geht auf die typischen Fallstricke ein und zeigt an-

hand von Beispielen aus der täglichen Praxis Gestaltungsmöglichkeiten zur Risikominimierung auf.

Schwerpunkte des Seminars sind:

- Aufbau und Inhalt von städtebaulichen Verträgen
- Typische Vertragsklauseln, Kerninhalte und Grenzen
- Städtebauliche Verträge und interkommunale Zusammenarbeit

Das Seminar richtet sich an Bürgermeister, Geschäftsleiter von Zweckverbänden und leitende Angestellte in der öffentlichen Verwaltung. Weitere Informationen erhalten sie unter: www.kanzlei-schenderlein.de

Zur Anmeldung für den kostenfreien E-Mail-Versand unserer Newsletter mit aktueller Rechtsprechung im Verwaltungsrecht, Baurecht, Vergaberecht, Mietrecht und Arbeitsrecht nutzen Sie bitte unsere Homepage www.kanzlei-schenderlein.de Sie können den Bezug jederzeit ohne Angabe von Gründen hier formlos abbestellen.

Impressum

Gesetzlich vorgeschriebene Angaben nach § 5 TMG:

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Volker Schenderlein
SCHENDERLEIN Rechtsanwälte
Käthe-Kollwitz-Str. 5, D-04109 Leipzig
Telefon: 0341/ 46 23 50
Telefax: 0341/ 46 23 525
E-Mail: info@kanzlei-schenderlein.de
Internet: <http://www.kanzlei-schenderlein.de>
USt-ID: DE 227724334

Die Rechtsanwälte der Kanzlei SCHENDERLEIN Rechtsanwälte sind Mitglieder der Rechtsanwaltskammer Sachsen, Glacisstraße 6, 01099 Dresden und durch den Präsidenten des Landgerichtes Leipzig als solche in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen. Alle Rechtsanwälte unterliegen berufsrechtlichen Regelungen. Diese werden auf der Homepage der Bundesrechtsanwaltskammer <http://www.brak.de> bereitgehalten. Zu den berufsrechtlichen Regelungen gehören insbesondere:

BRAO Bundesrechtsanwaltsordnung
RVG Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
BORA Berufsordnung der Rechtsanwälte
FAO Fachanwaltsordnung
Berufsregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Union

Die vorstehenden Angaben dienen lediglich der allgemeinen Information und nicht der rechtlichen Beratung im Rahmen eines Mandatsverhältnisses. Trotz sorgfältiger Auswahl der Informationen kann keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität der Daten übernommen werden. Eine Haftung ist insoweit ausgeschlossen.